



WAHLPROGRAMM LANDTAGSWAHL SACHSEN 2024

Christen für Sachsen

Inhalt:

Grundsätzliches

1. Bildung und Medien

- 1.1. Freiheit von Forschung und Lehre
- 1.2. Gleichwertige Behandlung freier und staatlicher Schulen
- 1.3. Homeschooling unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen
- 1.4. Einführung des Unterrichtsfaches Lebenskunde
- 1.5. Freie Auswahl, auch bei der Finanzierung der genutzten Medien

2. Familie und Soziales

- 2.1. Stärkung des klassischen Familienmodells – bestehend aus Vater, Mutter und Kind
- 2.2. Eltern tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder – nicht der Staat

3. Wirtschaft

- 3.1. Mittelstand entlasten, Handwerk fördern und Regionen unterstützen
- 3.2. Bürokratieabbau und Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung
- 3.3. Förderung von familiengerechteren Arbeitsbedingungen

4. Umwelt und Klima

- 4.1. Artgerechte Tierhaltung und lebensraumnahe Landwirtschaft
- 4.2. Regionale Landwirtschaft stärken und von Vorschriften entlasten
- 4.3. Sichere Energieversorgung trotz Energiewende
- 4.4. Offener Diskurs über Klimaveränderungen
- 4.5. Sicherung der regionalen Nahrungs- und Trinkwasserversorgung

5. Innere Sicherheit

- 5.1. Eindämmung illegaler Migration
- 5.2. Konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber
- 5.3. Stärkung der Landespolizei

Grundsätzliches:

Wo Menschen sich der Realität Gottes bewusst sind und seine sittlichen Normen praktizieren, resultiert daraus ein dienender und transparenter Politik- und Regierungsstil sowie eine Freiheit von Einzelinteressen, Ideologien und den Moden des Zeitgeistes einer jeweiligen Zeit und Kultur. Politiker sind so wirklich frei, ihrem ungetrübten Gewissen und den besten Argumenten und Konzepten zu folgen. Bündnis C ordnet sich daher nicht in das gängige Schema von „Links“, „Mitte“ oder „Rechts“ ein. Auf unserer ethischen und geistigen Grundlage sind wir frei, inhaltlich und unvoreingenommen andere Ansätze und Ideen zu prüfen gemäß dem biblischen Grundsatz: „Prüft alles und behaltet das Gute“. Wir sehen uns als Partner aller, die sich dem Deutschen Grundgesetz beziehungsweise den universellen bürgerlichen Freiheitsrechten und der Menschenwürde verpflichtet wissen und ihre Programmatik danach ausrichten. Bündnis C distanziert sich in aller Entschiedenheit von den politischen Ideologien des Marxismus beziehungsweise Sozialismus oder Kommunismus in allen seinen Varianten, und vom Nationalsozialismus beziehungsweise Rassismus in allen seinen Varianten. Bündnis C distanziert sich ebenso in aller Entschiedenheit vom Gender-Mainstreaming, vom Feminismus und von einem naturalistischen Humanismus, demgemäß der Mensch die Maßstäbe für Gut und Böse letztlich willkürlich bestimmt. Ebenso beobachten wir den politischen Islam sowie Spielarten des Okkultismus und Spiritismus mit Sorge. Bündnis C erkennt in den genannten Ideologien und Strömungen Gefahren für den freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat und für unser Gemeinwesen. Dennoch muss die Auseinandersetzung mit denjenigen, die solche Überzeugungen haben, stets fair und sachlich verlaufen.

1. Bildung und Medien

1.1. Freiheit von Forschung und Lehre

Ein freier Wettbewerb privatwirtschaftlicher Medien und Hochschulen ist im Sinne der freien Meinungsäußerung und der Freiheit von Forschung und Lehre zu begrüßen. Es sind Bedingungen zu schaffen, unter denen wirklich das beste Argument und nicht das weltanschauliche Klima zur Durchsetzung einer Idee beiträgt. Beispiele sind hier die Konflikte zwischen Schöpfungslehre und Evolutionslehre oder dem traditionellen Konzept von Ehe und Familie und dem Gender-Mainstreaming.

1.2. Gleichwertige Behandlung freier und staatlicher Schulen

Die Benachteiligung nichtstaatlicher, freier Schulen muss unterbunden werden. Dafür ist unserer Ansicht nach ein freier Wettbewerb der Schul- und Bildungskonzepte und ihrer Ausrichtungen nötig.

1.3. Homeschooling unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen

Eine Verfolgung von Eltern, die ihre Kinder zuhause und nicht an öffentlichen Schulen unterrichten, ist eine Verletzung fundamentaler Grundrechte. Genauso ist eine Grundforderung einer christlichen Politik, dass die Eltern die Wahl der weltanschaulichen Ausrichtung der Erziehung ihrer Kinder selbst bestimmen können. Der Staat hat jedoch die Aufgabe zu überprüfen, dass Bildungsabschlüsse und schulischer wie häuslicher Unterricht bestimmten, dem Alter des Kindes angemessenen Mindeststandards entsprechen.

1.4. Einführung des Unterrichtsfaches Lebenskunde

Wir setzen uns ein für die Schaffung eines das gesamte gesellschaftliche Leben umfassenden Schulfachs als Ersatz sowohl des christlichen wie muslimischen Religions- als auch des bisherigen Ethikunterrichts. Ziel ist die Betrachtung aller Aspekte des Zusammenlebens und dessen Wurzeln in der Geschichte und die Beleuchtung der Themen aus verschiedenen Blickwinkeln, sowohl des christlich-jüdischen als auch des religionslosen. Dabei sollte die Vermittlung von Bibelkunde nicht zu kurz kommen. (Unser Vorschlag ist nicht identisch mit dem Fach „Humanistische Lebenskunde“ in Berlin/Brandenburg.)

1.5. Freie Auswahl, auch bei der Finanzierung der genutzten Medien

Der Zwang zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist aus unserer Sicht nicht mit der im Grundgesetz garantierten Freiheit des Gewissens vereinbar. Außerdem bindet die Rundfunkabgabe das private Haushaltbudget zugunsten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und entzieht somit dem Privathaushalt Finanzmittel¹, die sonst für die Unterstützung der ausschließlich auf Spenden angewiesenen christlichen Medienhäuser zur Verfügung stünden. Wir unterstützen die Initiative, im Freistaat Sachsen einen Volksentscheid zur Abschaffung des Zwanges zur Zahlung einer Rundfunkabgabe herbeizuführen.²

2. Familie und Soziales

2.1. Stärkung des klassischen Familienmodells – bestehend aus Vater, Mutter und Kind

Bündnis C lehnt alle Versuche ab, den klassischen Begriff „Familie“ umzudeuten. Das deutsche Grundgesetz sagt (...) unmissverständlich: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Die Familie ist dabei eine Abstammungsgemeinschaft, die mehrere Generationen umfasst: Großeltern, Eltern und Kinder. Bündnis C tritt daher entschieden für die Belange von Familien, alten Menschen, Eltern und Kindern ein. Es ist unsere Pflicht, alte

¹ <https://protag-law.com/warum-die-seit-2013-geltende-rundfunkabgabe-verfassungswidrig-ist/> (3.4. Verstoß gegen das Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 GG)

² https://rundfunk-frei.de/rundfunk-frei_rundfunk-volksentscheid_sachsen.html

Menschen wertzuschätzen und insbesondere die eigenen, alt gewordenen Eltern und Großeltern zu versorgen. Die Familie ist der beste und natürliche Ort der Betreuung und Pflege der Alten.

2.2. Eltern tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder – nicht der Staat

Das deutsche Grundgesetz fordert (Artikel 6), dass die Erziehung und Pflege der Kinder die höchste Priorität in der Lebensgestaltung ihrer Eltern haben müssen. Kinder brauchen für eine seelisch gesunde Entwicklung sowohl Mutter als auch Vater. Dies gilt vor allem für die ersten Lebensjahre. Gleichmaßen verweist das Grundgesetz auf das natürliche Recht der Eltern, ihre Kinder selbst zu erziehen und somit auch Werte, Glaubensinhalte und weltanschauliche Standpunkte weiterzugeben. Der Ausdruck „natürliches Recht“, der hier verwendet wird, ist der stärkste Rechtsbegriff im Grundgesetz. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass die Eltern und nicht der Staat bestimmen, welche Sexualerziehung ihre Kinder erhalten. Auch hat kein Staat das Recht vorzuschreiben, welches Bildungs- und Erziehungskonzept Eltern favorisieren. Ein Staat, der anstelle der elterlichen Kindeserziehung die Vermittlung von Werten, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen an die Kinder bestimmt, ist totalitär. Ein staatlicher Eingriff in Familien ist nur dort gestattet, wo nachweislich fundamentale Grundrechte einzelner Familienmitglieder verletzt sind.

3. Wirtschaft

3.1. Mittelstand entlasten, Handwerk fördern und Regionen unterstützen

Bündnis C bekennt sich zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung auf Grundlage biblischer Prinzipien und nach dem Grundsatz der sozialen Marktwirtschaft. Die Politik hat die wichtige Aufgabe, durch geeignete Rahmenbedingungen einen fairen und funktionierenden Wettbewerb zu schaffen, aber nicht direkt in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Ein durch geeignete Regeln geordneter Wettbewerb schafft Wohlstand und steht einer Konzentration wirtschaftlicher Macht, Kartellbildung und Ausbeutungsmechanismen entgegen. Menschen haben in einer solchen Ordnung den Freiraum, ihre Begabungen frei zu entfalten, und sie erfahren, dass Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Voraussicht, Verantwortlichkeit, Redlichkeit und Wahrhaftigkeit Gutes bewirken.

3.2. Bürokratieabbau und Digitalisierung der Öffentlichen Verwaltung

Bündnis C wendet sich gegen jede Bevormundung des Bürgers durch den Staat und seine Institutionen. Bürokratie und Regulierungen sind deutlich zurückzuführen. Der Staat hat auf geringe Staatsausgaben und auf schlanke Verwaltungsstrukturen zu achten; er sollte keine Schulden machen und insbesondere keine Bürgschaften übernehmen. Das derzeitige, hochkomplizierte Steuersystem mit unzähligen Ausnahmetatbeständen ist durch ein lineares, einfaches und transparentes Steuersystem ohne Ausnahmetatbestände zu ersetzen.

3.3. Förderung von familiengerechteren Arbeitsbedingungen

Gerade auch wegen der Globalisierung und der zunehmenden Unübersichtlichkeit der Welt wird die Familie für den Einzelnen wieder wichtig, ein Anker. Familienfreundlichkeit ist also auch marketing-technisch interessant, wenn sie gelebt wird. Dann bekommt der Begriff „Familienunternehmen“ eine ganz neue Bedeutung. Wenn wir das Ganze als Regelkreis betrachten, mündet die demografische Entwicklung in den Mitarbeitermangel. Diese Betroffenheit führt zu sogenannten familienfreundlichen Maßnahmen, die bisher keinerlei Auswirkungen auf die Gesellschaft haben: Weder gibt es mehr Kinder, noch sind Familien zufriedener. Erkenntnis daraus sollte sein, dass sich alle Gesellschaftsbereiche für das Wohl der Familien einsetzen. Das wiederum bringt eine neue demografische Entwicklung – in ein bis zwei Generationen!³

4. Umwelt und Klima

4.1. Artgerechte Tierhaltung und lebensraumnahe Landwirtschaft

Für Bündnis C ist das Ziel einer verantwortlichen Umweltpolitik der wirksame Schutz von Mensch, Tier und Umwelt vor menschlich verursachten Schäden. Dies sind Einflüsse durch Schadstoffe, Lärm oder Beeinträchtigung von Lebensräumen. Ein weiteres Zeichen sittlichen Verfalls ist der grausame, nicht artgerechte Umgang bei der Haltung und Aufzucht von Tieren, zum Beispiel bei der Produktion von Nahrungsmitteln.

4.2. Regionale Landwirtschaft stärken und von Vorschriften entlasten

Bauern und Landwirte protestieren bundesweit gegen die Streichung der Steuervergünstigungen für Agrardiesel und der Kfz-Steuerbefreiung für land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge. Die Streichungen wurden mittlerweile von der Bundesregierung teilweise zurückgenommen. Zusammen mit den bereits bestehenden, ausufernden Restriktionen und einer insgesamt gescheiterten Preispolitik gefährden sie dennoch grundständig die Landwirtschaft in Deutschland. Wer die Bauern abschafft, gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Wo Höfe sterben, kaufen Investoren die Flächen auf. Es ist angesichts zunehmender internationaler Spannungen und Kriege unverantwortlich, das Land von Lebensmittelimporten abhängig zu machen. Bündnis C unterstützt die Bauern, die meist als Familienbetriebe seit Generationen das Land bewirtschaften und mit überdurchschnittlichem Arbeitseinsatz hochwertige Lebensmittel liefern. Den Landwirten gebührt statt Gängelung und Verunglimpfung Anerkennung ihrer Arbeit und wie sie unter Achtung der Natur und des Tierwohls wirtschaften. Dazu gehören auskömmliche Preise für Lebensmittel und dass diese nicht von Discounterketten unterdrückt werden, damit die Landwirtschaft von Subventionen unabhängig wird. Wir fordern die Beibehaltung der Steuervergünstigungen und keine neuen Vorschriften wie die EU-Richtlinie zur Emissionsreduzierung, damit die Bauern wettbewerbsfähig bleiben.⁴

³ <https://buendnis-c.de/familienfokussierte-wirtschaft-4135/>

⁴ <https://buendnis-c.de/bauernproteste-die-versorgung-der-bevoelkerung-sichern-4886/>

4.3. Sichere Energieversorgung trotz Energiewende

Die Verquickung der Politik mit dem Großkapital muss gelöst und der Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft von Vorschriften und Abgaben entlastet werden. Der mit dem Green Deal der EU beabsichtigte Umbau der Wirtschaft kann sich nur an den vorhandenen Ressourcen orientieren, die vor allem vom Nachwuchsmangel in den Industrienationen begrenzt werden. Priorität der Politik muss sein, in den multiplen Krisen praktikable Rahmenbedingungen für die Sicherung der Grundversorgung zu setzen in den Bereichen Nahrung, Energie, Wohnen, Infrastruktur und Katastrophenschutz.⁵

4.4. Offener Diskurs über Klimaveränderungen

Wir wenden uns gegen die Tendenz, Umweltszenarien zu einer Drohkulisse hochzustilisieren, um die Bevölkerung zu verunsichern und politische Machtstrukturen immer mehr zu zentralisieren. Auch bei alarmierenden Umweltthemen wie zum Beispiel im Zuge klimatischer Veränderungen darf trotz allem kein geradezu demagogischer Alarmismus entstehen, bei dem die wissenschaftliche Differenziertheit und politisch nicht gewünschte Meinungsäußerungen beschnitten werden.

4.5. Sicherung der regionalen Nahrungs- und Trinkwasserversorgung

Weniger Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger, mehr ökologische Landwirtschaft, mehr Flächen mit hoher Biodiversität und nichtproduktive Flächen werden absehbar bis zu 50% geringere Erträge verursachen. Damit werden Bauernhöfe in ihrer Existenz gefährdet und in der Folge die Versorgung. Was nicht im Land produziert wird, wird aus Ländern importiert mit deutlich niedrigeren Umweltstandards und langen Transportwegen. Landwirtschaftliche Flächen müssen der Nahrungsmittelproduktion vorbehalten sein zu wirtschaftlichen Bedingungen für die Bauern und nicht zunehmend der Energieerzeugung. Die Landwirte brauchen keine Subventionen, wenn sie auskömmliche Verbraucherpreise erzielen.⁶

5. Innere Sicherheit

5.1. Eindämmung illegaler Migration

Der Zustrom von Asylbewerbern nach Deutschland und Europa ist das aktuell drängendste Thema in unserer Gesellschaft (...). Mit ihrer Appeasement-Politik gegenüber aggressiven und repressiven Regimen wie der Türkei befördern unsere Regierung und die EU einen Großteil des Elends, das Menschen aus ihrer Heimat in die Flucht treibt. In unserer neuen Broschüre zu Wirtschaft, Außenpolitik und Migration bringen wir die Fakten und Hintergründe dazu ans Licht, wie unsere Wirtschafts- und Außenpolitik Migration verursacht und wie wir das ändern können.

⁵ <https://buendnis-c.de/klimaziele-der-eu-und-versorgungssicherheit-2-5397/>

⁶ <https://buendnis-c.de/klimaziele-der-eu-und-versorgungssicherheit-2-5397/>

Unsere Antwort darauf ist eine konsequente Wirtschafts- und Außenpolitik, die sich an der gleichen Würde und den gleichen Interessen der Menschen bei uns und außerhalb Europas orientiert und damit Fluchtursachen drastisch reduziert. Sie finden darin Vorschläge konkreter Maßnahmen gegenüber den Regimen der Türkei und des Iran, die die Hauptverursacher von Flucht und Migration aus dem Nahen Osten sind.⁷

5.2. Konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber

Bündnis C tritt für eine aufrichtige Gastfreundschaft gegenüber Menschen anderer Völker und Kulturen ein. Einwanderer und Asylbeanspruchende dürfen in keinem Falle Hass oder Unterdrückung ausgesetzt sein. Wenn ein Gast aber seinen Gaststatus missbraucht, muss er damit rechnen, dass er sein Gastland zu verlassen hat. Insbesondere derjenige, der in Deutschland dauerhaft heimisch werden will, muss die politische und rechtliche Kultur Deutschlands akzeptieren. Das bedeutet, die Gesetze zu achten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und die deutsche Sprache zu beherrschen. Er hat dann dieselben Rechte und Pflichten wie alle anderen Bürger. Gleichmaßen sehen wir Deutschland nicht als ein der Einwanderung bedürftiges Land. Die angemessene Bevölkerungspolitik ist Familienpolitik, nicht Einwanderungspolitik. Es ist ein schrecklicher Zynismus, wenn die Millionen im Mutterleib getöteten Kinder heute durch Einwanderung ausgeglichen werden sollen.

5.3. Stärkung der Landespolizei

Der Freistaat ist für die Sicherheit seiner Bürger verantwortlich. Es sind ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen für die Funktionsfähigkeit der Landespolizei zur Verfügung zu stellen.

Der Landesvorstand Sachsen am 15. Juli 2024

(unter Einbeziehung der „Grundsätze und Eckpunkte“ <https://buendnis-c.de/material/>)

„Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben.

Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein,
die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt.“

(Robert Schuman, Gründervater der Europäischen Union)

⁷ <https://buendnis-c.de/wie-unsere-wirtschafts-und-aussenpolitik-migration-verursacht-und-wie-wir-das-aendern-koennen-5367/>